Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 5

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften
Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Zeitschriften

Am 18. und 19. März tagte in Genf eine Weltwirtschaftskonferenz des IBFG, an der Gewerkschaftsdelegierte aus dreißig Ländern teilnahmen. Ausgehend von dem Konjunkturrückgang und der höchst beunruhigenden Tatsache, daß heute in den westlichen Ländern durchschnittlich ein Fünftel der Industriekapazität nicht ausgenutzt wird, lenkte die Konferenz die Aufmerksamkeit vor allem auf die Bedeutung der Entwicklungshilfe nicht nur für die Entwicklungsländer selbst, sondern als entscheidenden Faktor einer internationalen Konjunkturpolitik. Die damit aufgeworfenen Probleme werden besonders eindrücklich in einem Artikel dargestellt, den *Helmut Wickel* im Aprilheft der von ihm redigierten Funktionär-Zeitschrift «*Umschau*» (IG Chemie-Papier-Keramik) veröffentlicht. Wir müssen uns darauf beschränken, einige besonders prägnante Absätze zu zitieren:

«Die Überwindung der Armut und Not in Asien und Afrika ist *die politische Schicksalsfrage unseres Jahrhunderts.* Es ist daher geradezu zu einem Wettlauf zwischen Ost und West um die Entwicklungshilfen in Asien und Afrika gekommen. Trotzdem geschieht zuwenig! ... Wenn es nur darum ginge, den Hungernden Asiens und Afrikas aus menschlicher Solidarität Hilfe zu leisten, so wäre das zwar ein edler Akt christlicher Nächstenliebe – aber wir bezweifeln, daß der Appell auf genügend offene Ohren stoßen würde, um Erfolg zu haben. Kein heroischer Akt der Entsagung wird von uns verlangt. Es ist unser ureigenstes Interesse, um das es bei der Entwicklungshilfe geht. Nicht nur im Hinblick auf die Aktivität, die der Ostblock in zunehmendem Maße auf diesem Felde an den Tag legt, und der der Westen mindestens Gleichwertiges entgegenstellen muß, wenn er nicht will, daß die Entwicklungsländer eines nach dem andern dem Einfluß des Ostens unterliegen. *Mindestens ebenso wichtig ist die Entwicklungshilfe als Konjunkturfaktor.* Es brauchte heute nicht ein Fünftel der westlichen Produktionskapazität stillzuliegen, wenn der Westen seine Hilfe für die Entwicklungsländer in den letzten Jahren intensiviert und systematisch ausgebaut hätte.

Nichts wäre falscher, als die Entwicklungshilfe nur als finanzielles Problem ansehen zu wollen. Es handelt sich um die größte wirtschaftliche, soziale und politische Umgestaltung in der Geschichte der Menschheit, die durch die Entwicklungshilfe lediglich unterstützt, erleichtert und beschleunigt werden kann. Auf diese Erleichterung und Beschleunigung aber kommt es entscheidend an. Davon hängt ab, ob die Umgestaltung der Wirtschaft und Sozialstruktur Asiens und Afrikas in mehr oder weniger freiheitlichen oder in totalitären Formen sich vollzieht. Entsprechend werden die Rückwirkungen auf die westlichen Industrienationen sein.

Für die Gewerkschaften ist es eine Existenzfrage – in doppeltem Sinne –, daß in dem großen Umwälzungsprozeß in den Entwicklungsländern parallel zu der industriellen Ausrüstung der Lebensstandard der Arbeitnehmer sich verbessert. Nur dadurch kann verhindert werden, daß von den Entwicklungsländern ein Lohndruck ausgeht, der auch den Lebensstandard der Arbeitnehmer in den westlichen Industrieländern bedroht. Zugleich aber liegt in der Industrialisierung Asiens und Afrikas *die größte Konjunkturreserve für die kommenden Jahrzehnte.* Die Aufgabe der Industrialisierung dieser großen Erdteile mit ihren gewaltigen Menschenmassen ist so außerordentlich, daß sie nur zu bewältigen ist, wenn die Produktionsleistung des Westens stetig wächst. Es ist ein Unding, daß angesichts so großer Aufgaben ein Fünftel des Produktionsapparates großer Industrieländer nicht ausgenutzt wird. Hier liegt ein offensichtliches Versagen vor. Mit Recht forderte daher *Ludwig Rosenberg* auf der Konferenz in Genf für die internationalen Entwicklungsaufgaben ‚Planungsmaßnahmen, ohne welche die Freiheit nicht gesichert werden kann'. Eine solche Planung hat nichts mit zentraler Planwirtschaft zu

tun, die das Kennzeichen totalitärer Wirtschaftspolitik ist. Aber wie die großen Industriekonzerne, besonders die großen internationalen Konzerne, schon lange nicht mehr ohne eine vorausschauende Planung für ihren Bereich auskommen, so sollte es selbstverständlich sein, daß ein so weltumspannendes, sich über Jahrzehnte erstreckendes Unternehmen, wie es die Industrialisierung Asiens und Afrikas darstellt, nicht unter eng begrenzten und kurzfristigen, politischen oder Profitgesichtspunkten erfolgreich zu Ende geführt werden kann. Weder in Deutschland noch in Belgien noch in England brauchte es eine Kohlen- und Stahlkrise zu geben, wenn die Entwicklungsaufgaben nur etwas intensiver vorangetrieben würden. Damit wäre schon einer der gefährlichsten wirtschaftlichen Krisenherde ausgeräumt.

Die wirtschaftliche Erschließung und Entwicklung Asiens und Afrikas ist *die große Aufgabe, die unserer Zeit gestellt ist.* Indem wir sie lösen, überwinden wir zugleich die konjunkturellen Rückschläge, die immer wieder das wirtschaftliche Gleichgewicht und den Arbeitsplatz des Arbeiters in der westlichen Welt gefährden... Hier begegnen sich die wahren Interessen Europas, Amerikas und der farbigen Welt.»

*

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete *Peter Blachstein* berichtete Mitte April im Pressedienst der SPD über seine kürzlich abgeschlossene Nordafrikareise und kritisierte dabei scharf das Versagen des Westens gegenüber der Not in diesen Gebieten. In den Lagern der algerischen Flüchtlinge in Tunesien und Marokko wüte der Hunger, während in vielen europäischen Ländern und in den USA die Lebensmittelüberschüsse nicht abzusetzen seien. Blachstein fragt:

«Warum helfen unsere privaten und öffentlichen Einrichtungen nicht bei der Errichtung von Kinderheimen für algerische Flüchtlingskinder? Warum ist das *Schweizerische Arbeiterhilfswerk* die einzige Einrichtung der freien Arbeiterbewegung, die auf diesem Gebiet etwas tut? Warum überlassen wir die Hilfe selbst für Kinder den Gewerkschaftsorganisationen des Ostblocks? Warum gibt es in Tunesien als deutschen Beitrag zur Entwicklungshilfe nur eine Baumschule? Warum sind die Mittel für weitere Mustereinrichtungen bewilligt, aber bisher nicht eingesetzt worden? Warum überlassen wir die Hilfe bei der gewerkschaftlichen und beruflichen Fortbildung algerischer Flüchtlinge dem Ostblock?»

Mit berechtigter Schärfe konstatiert Blachstein: «Nordafrika ist nicht mit Worten zu helfen, auch nicht mit Solidaritätsadressen; davon hat es genug. Die Enttäuschung und Verbitterung über uns ist sehr ausgeprägt. Die Hoffnungen Nordafrikas auf gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Westeuropa schwinden. Die Schuld und die Verantwortung am Algerienkrieg wird nicht nur den Franzosen, sondern auch den Amerikanern, die Waffen lieferten, der Bundesrepublik, die Frankreich finanziell stützt, und der ganzen NATO zugeschoben. Die westliche Welt wird als Verbündeter Frankreichs verurteilt.»

*

Eine ungewöhnlich gründliche, mit einer Fülle von Fakten dokumentierte kritische Analyse des Bundeshaushaltsplanes 1959/60 hat *Günter Pehl* in der Zeitschrift des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB (*«WWI-Mitteilungen»*, Heft 3) veröffentlicht. Unter vielem anderen wird hier auch deutlich, wie dilettantisch und verantwortungslos in der Bundesrepublik (übrigens auch in andern Ländern!) die wirtschaftlichen, speziell finanziellen Voraussetzungen und Folgen der Aufrüstung völlig falsch eingeschätzt oder einfach mißachtet wurden. Wir zitieren nur als Beispiel:

«Anfang Februar 1959 betrug die Stärke der Bundeswehr nach Angabe des Verteidigungsministeriums 185 000 Mann. Es sei daran erinnert, daß die Bundeswehr nach den ursprünglichen Aufstellungsplänen der Bundesregierung bis zu diesem Zeitpunkt

500 000 Mann stark sein sollte. Hieran zeigt sich, wie sehr bei dieser Planung die technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten übersehen wurden. Das starre Festhalten an ihr hat indessen viel zu den heftigen und bitteren Auseinandersetzungen um den deutschen militärischen Beitrag im Parlament und im Volk beigetragen... Vorschläge, die Stärke der Bundeswehr auf 200 000 Mann zu begrenzen, wurden damals von der Regierung scharf abgelehnt. Diese Stärke wird nun doch erst im Laufe dieses Jahres erreicht, wobei bis zur vollen Ausrüstung dieser Truppe noch einige Jahre vergehen werden, wenn bis dahin nicht überhaupt die politische Entwicklung eine völlige Revision erfordert.»

Pehl weist dann auf die künftige Gefährdung des finanziellen und wirtschaftlichen Gleichgewichts in der Bundesrepublik durch die wachsenden Rüstungsausgaben hin – eine Warnung, die inzwischen durch den Alarmruf des gewiß nicht rüstungsfeindlichen Bundesfinanzministers *Etzel* voll bestätigt wurde. Wir zitieren noch einige Sätze aus der Arbeit von Pehl:

«Das Ergebnis unserer Vorausschau ist durchaus nicht beruhigend. Es zeigt zugleich, wie wichtig und berechtigt allein aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen der Widerspruch der Gewerkschaften gegen eine forcierte Aufrüstungspolitik in den letzten Jahren war... Zum Glück für unsere wirtschaftliche und finanzielle Stabilität läßt sich auch der von 52 auf 44 Milliarden reduzierte Plan des Bundesverteidigungsministers nicht verwirklichen. Die waffentechnischen Umwälzungen erzwingen nun doch eine erneute Hinausschiebung der Aufstellungs- und mehr noch der Ausrüstungstermine, der sich die Bundesregierung bisher aus politischen Gründen widersetzt hatte. Dabei bringen uns schon die 36 Milliarden Mark, auf die sich nach dem Überblick, den wir heute haben, die bis zum Frühjahr 1961 zu zahlenden Bundeswehrausgaben reduziert haben, in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Anlaß zur Besorgnis gibt nicht nur die für 1960/61 zu befürchtende Deckungslücke, sondern auch das Unterbleiben dringender ziviler Ausgaben, zum Beispiel für den Schul-, Straßen- und Wohnungsbau, für Wissenschaft und Forschung usw., durch das wir in Gefahr geraten, sozial und kulturell den Wettstreit mit den sowjetischen Mächten nicht zu bestehen.»

Zur Untermauerung dieser höchst beunruhigenden Aspekte weist Pehl darauf hin, daß der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag den Investitionsbedarf der Gemeinden in den nächsten zehn Jahren mit insgesamt 80 bis 84 Milliarden Mark angeben, was die finanzielle Kraft der Gemeinden bei weitem überschreitet. Ferner erinnert er daran, daß 1956 die Schülerzahl in den Volksschulen je Klasse in der Bundesrepublik 36,1, in der DDR aber nur 27,6 betrug; je Lehrer stellte sich die Schülerzahl in der Bundesrepublik auf 36,7, in der DDR auf 25. Mit Recht nennt es Pehl unwürdig, daß elf Jahre nach der Währungsreform immer noch Schulraumnot und Schichtunterricht in der Bundesrepublik bestehen. Mit einem Bruchteil der Rüstungsausgaben könnten diese Nöte behoben und überdies die Einführung des von allen Seiten geforderten neunten und zehnten Schuljahres ermöglicht werden! *Walter Fabian*